



Michael Haltzel: „Die Obama-Regierung würde sich keinesfalls zu einem Militäreinsatz entschließen, wenn es nicht die absolut letzte Möglichkeit wäre. Davon bin ich überzeugt.“ Der Experte für transatlantische Beziehungen spricht über die neue Chemie zwischen Europa und den USA und notwendige Verantwortung im Mittleren Osten.

„Obama hat den richtigen Ton getroffen“

Alexandra Riegler Charlotte/USA

economy: : *Nach Jahren belasteter transatlantischer Beziehungen sind die Erwartungen an eine Trendwende unter Präsident Obama groß. Erkennen Sie bereits Verbesserungen?*

Michael Haltzel: Oh ja, ganz bestimmt. Ich glaube, die Länder Europas haben jetzt fast ausnahmslos mehr Vertrauen in die USA. Alle Meinungsumfragen deuten in diese Richtung. Ich erwarte von unseren Freunden und Alliierten nicht, dass sie stets einer Meinung mit uns sind. Aber ich erwarte, dass sie im Zweifel für den Angeklagten sind. Und das war bei der letzten Regierung nicht der Fall.

Worin unterscheidet sich die US-Außenpolitik gegenüber Europa von jener von vor zwei Jahren?

Zum einen wurde der Irakkrieg, der in Europa höchst unpopulär war und ist, von der Obama-Regierung etwas heruntergefahren. Das Ganze passiert systematisch, sodass der Irak in der Lage sein sollte, sich selbst und friedlich zu verwalten. Vor zwei Jahren war das sicherlich der größte Streitpunkt zwischen den USA und Europa. Zum anderen gibt es Guantánamo. Dessen Schließung will die Obama-Regierung nun umset-

zen. Bei beiden Themen gibt es also ganz klare Unterschiede. Das verstärkte Engagement der USA in Afghanistan ist ein weiterer Punkt. Wir erwarten von unseren Nato-Alliierten, dass sie zumindest auch weiterhin vor Ort bleiben oder besser noch ihre Präsenz verstärken. Gemeint sind damit etwa Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee oder eben Kampftruppen.

Besteht überhaupt eine Chance auf ein gutes transatlantisches Verhältnis, falls sich Europa nun doch gegen ein verstärktes Engagement in Afghanistan entscheiden sollte?

Erst kürzlich stellte der neue Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen klar, dass Europa eine größere Rolle im Krieg in Afghanistan spielen sollte. Jede objektive Einschätzung der Lage zeigt meiner Ansicht nach, dass dies eine gleichermaßen europäische wie US-amerikanische Angelegenheit ist. Es ist für mich schwer nachvollziehbar, wieso Europäer das nicht verstehen sollten. Islamische Extremisten haben nicht nur am 11. September 2001 die USA attackiert, sondern auch Madrid und London. Außerdem gab es weitere Anschläge, die vereitelt werden konnten, zum Beispiel in Deutschland. Viele jener Extremisten wurden an der Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan ausgebildet. Wir kämpfen ganz klar gegen die Taliban und al-Quaida, die nicht nur Terroristen sind, sondern auch die Rechte von Frauen und Kindern brutal verletzen. Sie sind antidemokratisch. Die Isaf (*Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan; unter Führung der Nato, Anm. d. Red.*) hat ein UNO-Sicherheitsratsmandat bekommen. Ich weiß nicht, was ein noch eindeutigerer Anlass sein sollte. Natürlich ist es ein schwieriger Krieg, der Menschenleben fordert. Aber Afghanistan ist kein amerikanischer Krieg und sollte nicht als solcher gesehen werden.



„Natürlich ist es ein schwieriger Krieg, der Menschenleben fordert“, sagt Haltzel über Afghanistan. Doch es ginge darum, gegen Terroristen und für die Menschenrechte zu kämpfen. Foto: EPA

Wie wichtig sind für einen Staatsmann Sympathiewerte, wenn er sich auf internationalem Parkett bewegt?

Ich will keine Prozentsätze zuordnen, aber die persönliche Chemie spielt in den Beziehungen zwischen Staatschefs ganz bestimmt eine Rolle. Freilich ist die Politik dahinter von elementarer Bedeutung, aber das ist ja naheliegend. Präsident Obama hat zu einigen europäischen Staatsleuten ein gutes Verhältnis aufgebaut. Es ist außerdem immer eine Frage, wie Persönlichkeit und Politik zusammenpassen. Aber da bin ich wirklich optimistisch. Hinzu kommt die öffentliche Meinung, und dabei spielt der persönliche Aspekt ganz klar eine Rolle. Und demokratische Staatsmänner sollten zumindest darauf hören, was ihre Bürger sagen. Zwei Umfragen der letzten Wochen besagen, dass Präsident Obama populärer in Deutschland ist als Bundeskanzlerin Angela Merkel und in Frankreich als Präsident Nicolas Sarkozy. Ich weiß nicht, ob das so bleiben wird. Aber in der deutschen und französischen Öffentlichkeit hat Obama ganz sicher den richtigen Ton getroffen.

Fällt es Präsident Obama damit leichter, Europa schwierige Themen zu verkaufen?

„Verkaufen“ gefällt mir nicht. Wird es einfacher, die Positionen der USA erfolgreich zu erklären, weil er populär ist? Ja. Das Wichtigste sind jedoch die Grundsätze, für die er eintritt. Wir sagen über einen guten Redner, dass er Eis an die Eskimos verkaufen kann. Aber darum geht es nicht. Ein amerikanischer Präsident kann auch seine engsten Alliierten nicht von einer Position überzeugen, die nicht mit deren Interessen übereinstimmt. Aber nichts, wofür Obama eintritt, geht gegen die Interessen der Europäer.

Beim Thema Irak stand eine „sanftere“ Vorgehensweise der Europäer der härteren Gangart der USA gegenüber. Was bedeuten diese Unterschiede heute?

Zur sanften und harten Gangart in Ihrer Fragestellung: dem stimme ich nicht zu. Beim Thema Irak und Militäreinsatz als letzter Ausweg gibt es auch innerhalb Europas verschiedene Meinungen, teilweise sogar Riesenunterschiede. Auch ziehen die USA eine harte Gangart

nicht einer weichen vor. Ein Militäreinsatz sollte immer der letzte Ausweg sein. Man kann argumentieren, dass der Irakkrieg ein Gegenbeispiel war. Die Obama-Regierung würde sich aber keinesfalls zu einem Militäreinsatz entschließen, wenn es nicht die absolut letzte Möglichkeit wäre. Davon bin ich überzeugt.

Wie gut arbeiten die USA und Europa im Kampf gegen die Rezession zusammen?

Auch da gibt es unterschiedliche Ansichten innerhalb Europas, wie die finanzielle Krise anzugehen ist. Länder wie Großbritannien folgen einem mehr oder weniger US-amerikanischen Modell. Andere, wie Deutschland, sorgen sich aus historischen Gründen mehr um die Inflation. Beim G20-Gipfel einigte man sich, nicht bei allen Themen einer Meinung zu sein. Auf der anderen Seite gibt es eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken, und das ist das Wichtigste. Es wird seine Zeit dauern, bis wir aus der Krise heraus sind. Aber die Situation sieht Anfang August schon um einiges besser aus als zu Jahresbeginn.

Zur Person



Michael Haltzel ist Senior Fellow am Center for Transatlantic Relations der Johns Hopkins University. Von 1994 bis 2005 beriet er den Senator Joseph Biden in Europafragen. Foto: CTR